

Das Ende

für die Atomkraft!

17/11

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Der Atomausstieg ist beschlossen.

Deutschland wird bis 2022 aus der Atomkraft aussteigen. Das wurde in einem breiten Parteienkonsens beschlossen. Union und FDP haben unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Fukushima die völlig verfehlte Laufzeitverlängerung zurückgenommen und die sieben ältesten AKWs, Biblis A und B, Brunshüttel, Isar 1, Neckarwestheim 1, Philippsburg 1 und Unterweser sowie den Pannereaktor Krümmel, stillgelegt. 2015 sollen Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B und 2019 Philippsburg 2 folgen. Die restlichen sechs AKWs werden dann Ende 2021 beziehungsweise 2022 vom Netz gehen.

Nach dem Atomausstieg von Rot-Grün und der anschließenden Rücknahme dieses Ausstiegskonsenses durch Schwarz-Gelb ist nun ein grundlegender Schritt für das Ende der Atomkraftnutzung in Deutschland getan. Die von Rot-Grün begonnene Energiewende kann fortgeführt werden, viele weitere Schritte müssen folgen. Es gilt, die Anstrengungen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und die Schaffung von Speicher- und Netzkapazitäten ab sofort zu verstärken. Die Energieversorgung muss schnellstmöglich auf erneuerbare Quellen ausgerichtet werden.



AUSSTIEG KONSEQUENT VOLLENDEN

Sicherheit geht vor

Der Atomausstieg ist ein großer Erfolg. Doch der Beschluss hat klare Schwächen. So hat die Bundesregierung die deutschen Reaktoren zwar nach der Fukushima-Katastrophe einem Sicherheits-Check unterzogen, daraus jedoch keinerlei Konsequenzen gezogen. Seit Jahren liegt das neue Kerntechnische Regelwerk fertig in der Schublade. Die Regierung setzt es nicht in Kraft und verhindert so strengere Sicherheitsmaßstäbe für den AKW-Betrieb. Ebenso hat Schwarz-Gelb auf eine Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften sowie sicherheitstechnische Nachrüstungen verzichtet.

Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr. Deshalb brauchen wir höhere Sicherheitsanforderungen. Der Stand von Wissenschaft und Technik muss für alle Reaktoren gelten und durchgesetzt werden. Anlagen, die diesen nicht erfüllen, müssen nachgerüstet oder stillgelegt werden.

Kein Atommüllendlager in Gorleben

In die Endlagerfrage ist Bewegung gekommen, nachdem die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg eine Standortsuche auch in ihrem Land zulassen will. Der Bundesrat hat sich daraufhin einstimmig auf ein ergebnisoffenes Suchverfahren mit mehreren Alternativen ausgesprochen. Doch die Bundesregierung zögert und wagt den fälligen Schwenk bislang nicht. Sie hält am Weiterbau in Gorleben fest und will lediglich andere geologische Formationen auf ihre prinzipielle Eignung für die Aufnahme atomarer Abfälle untersuchen.

Wir bleiben dabei: Der Bau des Endlagers in Gorleben muss sofort beendet werden. Gorleben als Endlagerstandort ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Die Suche nach dem am besten geeigneten Endlager für Atom Müll muss neu gestartet werden – mit einem Endlagersuchgesetz, das ein ergebnisoffenes, bundesweit vergleichendes Suchverfahren auf den Weg bringt und das maximale Transparenz und eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellt.

ATOMPRIVILEGIEN ABSCHAFFEN!

Jahrzehntelang wurde die Atomwirtschaft mit über 200 Milliarden Euro direkt und indirekt subventioniert. Diese Vorrangstellung wollen wir beenden und die bis heute noch vorhandenen Privilegien abschmelzen.

» Die gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen der Atomkonzerne für den Rückbau der AKWs und die Entsorgung des Atommülls wollen wir in die öffentliche Hand überführen.

» Wir wollen die Versicherungspflicht, die sogenannte Deckungsvorsorge, deutlich anheben. Wenn am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist, müssen die AKW-Betreiber ihre Risiken beim Staat gegen Gebühr versichern.

» Das 2001 eingeführte Verbot von staatlichen Exportgarantien für Atomexporte wollen wir wieder in Kraft setzen und zum Beispiel die Hermesbürgschaft für das brasilianische AKW Angra 3 zurücknehmen.

» Wir wollen die Brennelementesteuer solange erheben und schrittweise anheben, wie AKWs am Netz sind.



**14. März 2011:
Mutter und Tochter auf einer Isolier-
station für Strahlenopfer in Nihon-
matsu, Nord-Japan.**

**13. Juli 2011:
Ministerpräsident Naoto Kan kündigt
den schrittweisen Ausstieg Japans aus
der Atomkraft an.**

DER AUSSTIEG SICHER & BEZAHLBAR

Atomkraft ist lebensgefährlich

Fukushima hat gezeigt, dass ein Stromausfall eine Kernschmelze auslösen kann. Das kann auch hierzulande passieren. Das zunehmende Alter macht AKWs stör anfälliger. Über 4.000 meldepflichtige Zwischenfälle gab es allein in den 17 deutschen Atomkraftwerken. Dem gezielten Absturz eines Passagierflugzeugs – seit dem 11.9.2001 eine unbestreitbare Bedrohung – hielt kein einziges AKW stand. Es ist eine Frage der Ethik und des Verstandes, alles dafür zu tun, das Risiko eines schweren Atomunfalls schnellstmöglich zu beenden.

Strom bleibt bezahlbar

Atomkraft macht Strom nicht preiswert. Im Gegenteil: Seit 2003 ist der Strompreis um circa 40 Prozent gestiegen – obwohl die AKWs am Netz waren. Die künftige Strompreisentwicklung ist weitgehend nicht kalkulierbar. Klar ist aber, dass der Atomausstieg kein Preistreiber wird. Selbst atomfreundliche Studien – etwa die Energieszenarien der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 – zeigen keinen Zusammenhang zwischen Strompreis und Laufzeiten der AKWs.

Atomstrom ist schnell ersetzbar

Gut 20 Prozent des Stromverbrauchs wurden in den letzten Jahren durch Atomstrom abgedeckt. Der Wegfall der AKWs innerhalb von elf Jahren kann durch einen forcierten Ausbau erneuerbarer Energien und den Zubau flexibler und effizienter Gas-Kraftwerke kompensiert werden. Das Umweltbundesamt hat ausgerechnet, dass zusätzlich zu den Erneuerbaren 5.000 Megawatt neue Kraftwerksleistung auf Gasbasis ausreichen, um die wegfallende Atomkraft zu ersetzen.

Der Ausstieg nutzt dem Klimaschutz

Die CO₂-Emissionen sind in Europa durch den Emissionshandel gedeckelt. Der Atomausstieg ändert daran nichts. Sollte er vorübergehend zu einer höheren CO₂-Freisetzung führen, muss diese in anderen Bereichen eingespart werden. Letztlich fördert der Atomausstieg den Klimaschutz. Denn Atomkraftwerke haben jahrelang den Ausbau erneuerbarer Energien und damit eine klimaverträgliche Stromerzeugung behindert. Der Ausstieg wird diese Blockade lockern und in kurzer Zeit zu einer deutlichen Senkung des CO₂-Ausstoßes im Stromsektor führen.

AUSSSTIEG

international

.....

Allen Unkenrufen zum Trotz: Atomkraft ist weltweit ein Auslaufmodell. In den nächsten gut zehn Jahren wird fast die Hälfte der Reaktoren – rund 200 – altersbedingt vom Netz gehen. Der Bau neuer Anlagen wird damit bei weitem nicht Schritt halten – aktuell sind gerade einmal 60 AKWs weltweit in Bau. Darüber hinaus gibt es zwar zahlreiche Planungen, doch diese entpuppen sich häufig als nicht realisierbar. So wurde mit überwältigender Mehrheit in Italien der Bau neuer AKWs durch einen Bürgerentscheid untersagt. In Großbritannien springen die potenziellen Investoren – darunter E.ON und RWE – wegen der galoppierenden Preise ab.

Wenn Deutschland als eine der führenden Industrienationen jetzt endgültig aus der Atomkraft aussteigt, wird dies weltweit beobachtet werden und Wirkung entfalten. Dazu gehört jedoch auch, dass die Bundesregierung sich fortan in Europa und der Welt für den Bau einer nachhaltigen Energieversorgung ohne Atomkraft einsetzt. Zum Beispiel:

- » Schritte zur Beendigung von EURATOM in die Wege leitet,
- » keine Exportgarantien für Atomtechnologien mehr gewährt und bereits erteilte Garantien zurückzuzieht,
- » keine Forschungsgelder in Europa mehr in die Entwicklung atomarer Technologien, sondern in Zukunftstechnologien wie erneuerbare Energien, Netz- und Speichersysteme fließen lässt,
- » sich als Eigentümer öffentlich-rechtlicher und privater Banken sowie als Anteilseigner internationaler Entwicklungsbanken auf die Verhinderung der Finanzierung von Atomprojekten hinwirkt.

Mit den drei E schaffen wir's!

Effizienz

Einsparung

Erneuerbare

Energiewende jetzt!

Eine vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energie ist innerhalb der nächsten Jahrzehnte machbar, sicher und bezahlbar. Deutschland ist voller Energie und kann sowohl auf Atomkraftwerke als auch auf zusätzliche Kohlekraftwerke verzichten.

Obwohl jetzt endlich die acht gefährlichsten AKWs stillgelegt wurden, erzielte Deutschland im ersten Halbjahr 2011 einen Exportüberschuss beim Strom. Einbrüche bei der konventionellen Stromerzeugung gleichen die erneuerbaren Energien bereits aus. Gut 20 Prozent des Stroms stammen schon heute aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) kommt zu dem Ergebnis, dass auch bei 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien die Stromversorgung jederzeit sichergestellt ist. Dieser Weg ist nicht nur klimaverträglicher, sondern auch kostengünstiger als das Festhalten an Atom und Kohle. Investitionen im Stromsektor dürfen deshalb nur noch in die Umstellung auf erneuerbare Energien fließen.

Energie grün machen!

Eine klimafreundliche Energieversorgung ohne Atom ist möglich. Dafür müssen wir jetzt umsteuern und die Energiewende vorantreiben. Das grüne Energiekonzept zeigt, wie es geht – mit den „drei großen E“: Effizienz, Einsparung und Erneuerbare. Allerdings müssen dafür schnell die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Mit den grünen Maßnahmen könnte der Stromverbrauch in Deutschland bis 2020 zu deutlich über 40 Prozent aus erneuerbaren Energien und zu 30 Prozent aus hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gewonnen werden. Der Rest würde zunächst aus konventionellen Kraftwerken gedeckt, die sukzessive vom Netz gehen werden. Zudem ließe sich der Strombedarf gegenüber 2005 um 16 Prozent verringern.

Die Zukunft der Energieversorgung liegt in einer vielfältigen Stromerzeugung, vor allem aus erneuerbaren Energien und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung, in unabhängigen Stromnetzen und fairen Wettbewerbsbedingungen

Atomausstieg forcieren!

Grüne Instrumente für eine konsequente Beendigung der Atomenergie-Nutzung:

- » Die Sicherheitsanforderungen für die verbliebenen Atomkraftwerke verschärfen und alle Meiler einer strengen sicherheitstechnischen Überprüfung unterziehen.
- » Die Rücklagen der Atomkonzerne in einen öffentlichen Fonds überführen.
- » Die Brennelementesteuer über 2016 hinaus fortführen und erhöhen.
- » Den Bau eines Endlagers in Gorleben sofort und endgültig beenden und den Standort rückbauen. Ein neues, ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für ein geeignetes Atommüllendlager eröffnen.
- » Die Deckungsvorsorge deutlich anheben und die Betreiber zur Versicherung beim Staat gegen Gebühr verpflichten, falls am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist.

Gorleben soll leben!

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Gorleben im Deutschen Bundestag hat klar und deutlich aufgezeigt: Bereits die Auswahl und Erkundungsentscheidung für den Endlagerstandort Gorleben waren politisch motiviert und nicht wissenschaftlich begründet. Hieraus und aus dem Desaster in der Asse, die immer als Modell für Gorleben galt, müssen Konsequenzen gezogen werden.

Nach wissenschaftlichen Kriterien, insbesondere aufgrund des fehlenden Deckgebirges, und der Permafrosttrisse, die bis in den potenziellen Lagerhorizont hineinragen, wegen der Laugenvorkommen, die durch Einlagerung hitzeentwickelnden Atommülls mobilisiert werden können und der bislang verschwiegenen immensen Gasvorkommen im Bereich des Salzstocks, halten wir Gorleben geologisch für ungeeignet.

Weil die Öffentlichkeit niemals transparent am Verfahren beteiligt, sondern über Jahrzehnte belogen und betrogen wurde, ist Gorleben als Endlagerstandort politisch auf jeden Fall verbrannt!

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Sylvia Kotting-Uhl MdB, Sprecherin für Atompolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

T. 030/227 56789, F. 030/ 227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Fahrplan Energiewende (Broschüre 17/36)

Atommüll (Flyer 17/14)

Energie 2050: sicher erneuerbar (Reader 17/23)

www.gruene-bundestag.de » Themen A - Z » Atomausstieg

Bundestagsdrucksachen:

17/6368 Entschließungsantrag zur Atomgesetz-Novelle der
Bundesregierung

17/5035 Gesetzentwurf: Änderung des Atomgesetzes
und Wiederherstellung des Atomkonsenses

17/3061 Energie 2050 – Sicher erneuerbar

17/2425 Atomkosten anlasten – Brennelementesteuer jetzt

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: Oktober 2011, Schutzgebühr: 0,05 €